Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/2018/017

Fachbereich/Amt: III - Planungs- und Umweltamt

Datum: 01.02.2018

Bearbeiter-in/Tel.: Frau Meier / 604-613

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ausschuss für Planung, Energie und Umwelt	13.02.2018	öffentlich
Verwaltungsausschuss	20.02.2018	nicht öffentlich
Rat der Gemeinde	06.03.2018	öffentlich

5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 - Petersfehn I West - mit 72. Berichtigung des Flächennutzungsplanes als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a des Baugesetzbuches (BauGB)

hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 – Petersfehn I West – mit dazugehöriger Begründung und der 72. Berichtigung des Flächennutzungsplanes vorgetragenen Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 – Petersfehn I West – mit 72. Berichtigung des Flächennutzungsplanes wird als Satzung und dazugehöriger Begründung beschlossen.

Sachverhalt:

Der Entwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 – Petersfehn I West – und der dazugehörigen Begründung hat in der Zeit vom 15.12.2017 bis zum 15.01.2018 im Rathaus der Gemeinde öffentlich ausgelegen. Während dieser Zeit bestand auch die Möglichkeit der Einsichtnahme der Entwurfsunterlagen im Internet und der Abgabe einer Stellungnahme. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Rundschreiben der Gemeinde vom 14.12.2017 und zusätzlich per Email am 13.12.2017 über die öffentliche Auslegung informiert.

Von der Öffentlichkeit, also den Bürgerinnen und Bürgern, die durch Aushang der Entwurfsplanungen im Rathaus der Gemeinde Bad Zwischenahn in der Zeit vom 15.12.2017 bis zum 15.01.2018 sowie über das Internet beteiligt wurde, sind zwei Stellungnahmen von Bürgern zum Schutz der bestehenden Bäume entlang des Streifens beim aufzugebenden Standort des Schießstandes eingereicht worden. Sie schlagen zum dauerhaften Erhalt der Bäume besondere eigenständige Festsetzungen vor. Diese sind aber im Entwurf der Bebauungsplanänderung durch ein flächenhaftes Erhaltungs- und Nachpflanzgebot bereits vorgesehen.

Sämtliche im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu der Bauleitplanung liegen dieser Beschlussvorlage mit Abwägungsvorschlägen als Anlagen an. Die Verwaltung bittet, den gemachten Abwägungsvorschlägen zuzustimmen und den in Bezug auf das Bauleitplanverfahren abschließenden Satzungsbeschluss zu fassen.

Externe Anlagen:

Stellungnahmen mit Abwägungsvorschlägen